

Berliner Vereinbarung zur Nachwuchskräfte-sicherung vom 01. September 2011

Anlässlich des Beginns des Ausbildungsjahrs am 1. September 2011 treffen die Regierung des Landes Berlin, vertreten durch den Regierenden Bürgermeister und den Finanzsenator, sowie die Wirtschaft, vertreten durch die Industrie- und Handelskammer zu Berlin und den Verband der Freien Berufe Berlin e.V. folgende Vereinbarung:

Das Ausbildungsjahr 2011/12 beginnt und viele Ausbildungsplätze sind im Moment noch nicht besetzt. Die Situation auf dem Berliner Ausbildungsmarkt ist inzwischen deutlich von der demografischen Wende geprägt. Im Jahr 2012 verlassen wegen des doppelten Abiturjahrgangs gut 6.000 Jugendliche mehr die Berliner Gymnasien als noch im Jahr 2011. Rund ein Fünftel dieser Jugendlichen, also etwa 1.200 wird sich nach Erfahrungswerten um eine Berufsausbildung bemühen und deshalb auf den Ausbildungsmarkt kommen.

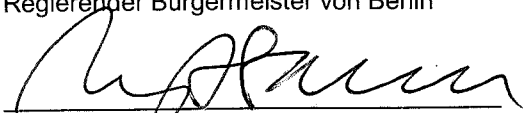
Die Unterzeichner sind gemeinschaftlich der Auffassung,

- dass hierin eine große Chance für die Fachkräftesicherung in Berlin besteht, die genutzt werden muss,
- dass dies keinen Anlass gibt, die Kapazitäten des bestehenden Übergangssystems aufgrund dieses Einmal-Effektes auszuweiten.

Davon ausgehend werden die nachfolgenden Maßnahmen vereinbart:

1. Die Wirtschaft wird gezielt mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang zusätzlich 600 Ausbildungsplätze für das Ausbildungsjahr 2012 einwerben. Davon entfallen 500 auf den Bereich von Industrie und Handel sowie weitere 100 auf den Bereich der Freien Berufe.
2. Die Wirtschaft wird mit Unterstützung der Landesregierung bei den angehenden Abiturienten an den Gymnasien für die Aufnahme einer Dualen Berufsausbildung werben.
3. Das Land Berlin wird seine eigenen Ausbildungskapazitäten um 500 Plätze erhöhen.
4. Auf darüber hinausgehende Maßnahmen im Übergangssystem bzw. bei öffentlich geförderten Ausbildungsplätzen wird ausdrücklich verzichtet.
5. Der bereits mit der "Berliner Vereinbarung zur Nachwuchskräfte-sicherung für Unternehmen durch Ausbildung" eingeschlagene Weg eines Rück- und Umbaus des Übergangssystems vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird als richtig bekräftigt und soll in der kommenden Legislaturperiode forciert werden.


Klaus Wowereit
Regierender Bürgermeister von Berlin


Dr. Ulrich Nußbaum
Senator für Finanzen des Landes Berlin


Dr. Eric Schweitzer
Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin


Claudia Frank
Präsidentin des Verbandes der Freien Berufe e.V.